

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Vollstedtkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ohne Urwahl kein Mandat!

In Hamburg, in Halle und andern Orten haben unsere Organisationen beschlossen, die von uns für die Wahl der Parteitagdelegierten vorgeschriebene Urwahl abzulehnen und die Delegiertenwahlen in Versammlungen oder auf Konferenzen vorzunehmen.

Demgegenüber weisen wir nachdrücklichst darauf hin, daß zum Parteitag keine Delegierten zugelassen werden, die nicht in der Urwahl gewählt worden sind.

In unsern Organisationsgrundlinien heißt es: „Die Parteigenossen sind verpflichtet, das Organisationsstatut in demokratischem Geiste anzuwenden und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben.“ Diese Bestimmung allein schon gibt der Parteileitung das unbestreitbare Recht, Urwahlen vorzuschreiben. Dazu kommt folgende Bestimmung der Organisationsgrundlinien, die uns das direkt zur Pflicht machen:

Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten vorhanden sind.

Diese Bestimmung ist auf dem Gründungsparteiitag in Gotha auf Betreiben der Spartakusanhänger aufgenommen worden. Die Wendung über die „technischen Möglichkeiten“ bezog sich auf den damals noch herrschenden Belagerungszustand, der die freie Aussprache in der Presse und in Versammlungen, die Vorbedingungen für die Urwahlen unzulässig machte. Solche Hindernisse liegen jetzt nicht vor und die Vornahme der Urwahl ist überall möglich, auch nach der Vorverlegung des Parteitages vom 24. auf den 12. Oktober; liegt doch zwischen Vorverlegung und Parteitag ein Zeitraum von 26 Tagen. Eine Parteiorganisation, die eine so einfache Handlung wie eine Urwahl in dieser Zeit nicht bewerkstelligen könnte, wäre überhaupt aktionsunfähig. Die Urwahl hat also überall stattzufinden. Wo sie trotzdem unterbleibt, verlieren die Parteigenossen das Vertretungsrecht auf dem Parteitage.

In ihrem eigenen Interesse fordern wir deshalb die Parteigenossen überall, besonders aber in den Orten und Bezirken, wo die Urwahl abgesehen worden ist, hiermit auf, demokratische Disziplin zu üben und unverzüglich Urwahlen für die Delegiertenwahlen vorzunehmen.

Berlin, den 30. September 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Ernährungsschwierigkeiten in Rußland.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Note Krasne meldet aus Stokholm: Der Volkskommissar für Ernährung in Sowjetrußland gab vor dem Zentralkomitee folgenden Bericht: Die gesamte Getreideernte beträgt 450 Millionen Pud, Kartoffeln 117 Millionen Pud, Gemüse 28 Millionen Pud, Heu 100 Millionen Pud. Es steht ein sehr schweres Jahr bevor, aber die Versorgungsarbeiten werden über den Hunger den Sieg davontragen.

Verhaftung italienischer Seeleute.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Gegen die Beschlagnahme des russischen Dampfers Kobojsa durch den italienischen Seeleutenverband in Genua hat die Regierung in diesem Seehafen über 50 Verhaftungen vornehmen lassen. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Mitglieder des Seeleutenverbandes. Man befürchtet ernste Verwicklungen, wenn diese nicht wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Der Dampfer Kobojsa ist noch unter zaristischer Flagge geflohen.

Abbruch der Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und den Unternehmern.

Amsterdam, 30. September. Telegramm berichtet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges hat bekanntgegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechungen mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnstreitigkeiten hätten kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, daß ein weiteres Zusammenkommen mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne, und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden.

Wie das Blatt weiter berichtet, sei ein Streik unabweislich, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Arbeiter von Süd-Wales verlangen hartnäckig die sofortige Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hat gegen die Abhaltung unsres Parteitages am 12. oder 24. Oktober „entschieden protestiert“. Diesen Protest weisen wir ganz energisch zurück. Noch sind wir an die 3. Internationale nicht angeschlossen! Noch haben wir unser Selbstbestimmungsrecht! Noch gilt das Diktat der Kommunistischen Internationale nicht im Bereiche unserer Partei! Wir lassen uns das Recht, selbst und allein den Tag des Zusammentritts unsres Parteitages zu bestimmen, nicht nehmen, und weisen daher diesen Einmischungsversuch auf den entscheidenden Punkt zurück.

Das Exekutivkomitee behauptet, daß die „hastige Abarbeitung“ des Parteitages darauf hinfiele, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die prinzipiellen streitigen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, zu orientieren. Es genügt, diese Erklärung vor der gesamten Parteigenossenschaft zu wiederholen, um das Väterliche dieser Behauptungen darzutun. Ueberall in der ganzen Partei, in der größten wie in der kleinsten Organisation, werden die streitigen Fragen, die mit dem Anschluß an die dritte Internationale zusammenhängen, erörtert, häufig in 2 und 3 aufeinanderfolgenden Parteiversammlungen und in zahllosen Zeitungsartikeln und Flugblättern. Nicht ein Parteimitglied ist der Möglichkeit beraubt worden, sich über die prinzipiellen streitigen Fragen zu orientieren. In unserer Partei haben die Massen glücklicherweise zu großen Einfluß, als daß es nur möglich wäre, ihre Orientierung zu verhindern. Ganz abgesehen davon, daß von den angegriffenen Vorstandsmitgliedern niemand auch nur den Versuch gemacht hat, die Orientierung der Parteigenossen zu verhindern, im Gegenteil, gerade von ihnen alles geschossen ist, um unsere Mitglieder über alle mit dem Anschluß an die 3. Internationale zusammenhängenden Fragen zu unterrichten.

Deshalb kann der Vorwurf der Illegalität und Unredlichkeit, den das Exekutivkomitee wegen der angeblich zu schnellen Einberufung des Parteitages erhebt, das Zentralkomitee der USPD ganz und gar nicht treffen: Wenn ein solcher Vorwurf vom Exekutivkomitee erhoben wird, so beweist es damit nur, daß es von den Verhältnissen in Deutschland keine Ahnung hat, und daß es leichtfertig genug ist, sich alle Angriffe und Anschuldigungen „gegen die rechten Führer der USPD.“ unbedenken zu eigen machen.

Wir wissen ganz genau, daß es für unsere Partei eine Lebensnotwendigkeit ist, so schnell wie möglich, so oder so, die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen herbeizuführen. Wir leben in Deutschland in einer revolutionären Epoche und können nicht zusehen, wie die Partei noch länger durch die Streitfrage um Moskau in jeder Aktion gelähmt wird. Es ist für die Arbeiterschaft unerträglich, daß wir in zahllosen Fragen, die von einschneidender Bedeutung in die Lebensinteressen der Arbeiterschaft sind: in den Fragen der Ernährung, der Arbeitslosigkeit, des Steuer- und Finanzwesens, der Sozialisierung und in andern inner- und außenpolitischen Fragen nicht aktiv eingreifen können. Gerade, am unsre Aktionskraft in kürzester Zeit zurückzugewinnen, haben wir uns entschlossen, den Parteitag schon am 12. Oktober stattfinden zu lassen.

Das Exekutivkomitee erklärt ferner, daß wir versuchten, die ganze Streitfrage auf organisatorische Fragen überzuführen. Wer hat denn die Organisationsfrage überhaupt aufgeworfen? Doch lediglich die 3. Internationale selbst! Jetzt, wo uns die 3. Internationale gezwungen hat, zu dem von ihr formulierten organisatorischen Vorschlagsbedingungen Stellung zu nehmen und wo sie uns zu deren Durchführung ultimativ in kürzester Frist zwingen will, sollen wir diejenigen sein, welche die Streitfragen auf das Gebiet der Organisationsfragen lenken. Solche Verfrachtung des Tatbestandes lassen wir nicht zu.

Das Exekutivkomitee unterstellt uns dann den Wunsch, die Hauptprinzipienfragen, nämlich die Frage der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Räte, der Schaffung illegaler Organisationsstellen (ist das keine Organisationsfrage?), der Verwerfung des Sozialpaktismus zu vertuschen. Wir wissen wirklich nicht,

Berlin, den 30. September 1920.

Neue Unruhen in Italien.

Zürich, 1. Oktober. (T.M.) Der Secolo berichtet, daß in Liguorien anarchoistische Komitees die Staatsordnung sabotieren. Es finden Plünderungen abgelegener Landhäuser und Paläste statt. Die Bauern organisieren eigene bewaffnete Trupps, um sich gegen die Räuberbanden verteidigen zu können. Die Tribuna beklagt, daß die Plünderung der Fabriken in Liguorien Industrieregion auf den Widerstand der radikalen Elemente löst.

Rom, 30. September. Laut Epoca hat die Polizei die Festnahme von drei Ausländern, die bolschewistische Propaganda trieben, verfügt.

was in diesen Fragen noch zu vertuschen wäre. Die Partei hat auf dem Leipziger Parteitag zu allen diesen Fragen Stellung genommen und diese Stellung im Leipziger Aktionsprogramm festgelegt. In der ganzen Frage gibt es in der Partei überhaupt keinen Streit mehr. Das sind für uns keine Fragen mehr, geschweige denn Fragen, die wir vertuschen wollen. Den Vorwurf der Vertuschung kann man höchstens gegen diejenigen erheben, die uns glauben machen wollen, es handle sich lediglich um die prinzipiellen Fragen, nicht aber auch um die Fragen des Selbstbestimmungsrechts unserer Partei. Das Zentralkomitee der USPD, vertuscht nichts.

Das Exekutivkomitee will die deutsche Parteigenossenschaft ferner glauben machen, daß die Kommunistische Internationale keinen Ausschluß von Parteigenossen verlangt. Dabei spricht das Exekutivkomitee in demselben Atemzuge von der Unmöglichkeit, mit einer ganzen Reihe von Genossen in einer Partei zu sein, und gleichzeitig wird gesagt, daß die USPD, nicht als revolutionäre Partei existieren kann, falls sie solche „Verräter“ aus ihren Reihen nicht vertreiben wird. Das ist deutlich genug, um jedem Genossen klarzumachen, was die 3. Internationale will. Wir weisen es zurück, daß fortgesetzt aus Moskau Urabstimmungen nach allen Ländern geschickt werden mit Verschlimpungen solcher Genossen, die sicherlich die Verhältnisse in ihrem Lande mindestens ebenso gut kennen, wie die Genossen des Exekutivkomitees in Moskau. Wenn bezüglich der Genossen, die jetzt ihre Fesseln eingestrichen, auch Maßnahmen zugelassen werden, so muß das Zentralkomitee solche unwürdigen Bestimmungen ganz entschieden zurückweisen. Denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bereit finden, ein Gnadengesuch nach Moskau zu schicken.

Das Exekutivkomitee bestreitet, daß man von einer „Russen-diktatur“ sprechen könne, die uns aufgezungen werden solle; im Exekutivkomitee seien ja unter 21 Mitgliedern nur 5 Russen! Oberflächlich betrachtet, ist das allerdings richtig. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Von allen der 3. Internationale angeschlossenen Ländern verfügt doch nur die russische Kommunistische Partei über eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern. Will man uns wirklich glauben machen, daß etwa die 6 Vertreter der kleinen kommunistischen Gruppen von Amerika, England, Frankreich, Holland, Georgien und Korea die Vertreter der russischen Kommunistischen Partei überstimmen könnten? Gäbe man in Moskau die deutschen Arbeiter wirklich für so dumm, daß sie auf solche Nebenarten hereinfallen könnten?

Schließlich wendet sich das Exekutivkomitee an die Mitglieder unserer Partei mit der Aufforderung, nur solche Delegierte zum Parteitag zu wählen, die für den unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale eintreten, ohne daran zu denken, daß sie jetzt die Frage entscheiden, ob wir in die brüderlichen Reihen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt treten oder Gefangene der Agenten des Kapitals bleiben wollen.

Darauf antworten wir: Die Frage, ob wir mit den revolutionären Arbeitern der ganzen Welt eine Front bilden oder Kapitaloktate bleiben wollen, steht gar nicht zur Entscheidung. Die ganze Partei will die geschlossene Phalanx der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt. Unsere Partei steht seit Jahren im schwersten Kampfe gegen das Kapital. Wir waren niemals Gefangene der Agenten des Kapitals und werden es niemals sein. Wir wollen aber auch nicht Gefangene der Moskauer Internationale sein. Es ist unser heißester Wunsch, daß endlich an die Stelle der bankrotten 2. Internationale eine revolutionäre Internationale der Tat tritt, daß aber die Parteien der verschiedenen Länder in dieser Internationale gleichberechtigt sind.

Deshalb fordern wir unsre Genossen auf: Wählt Delegierte zum Parteitag, die diese 21 Bedingungen nicht annehmen, damit der Weg frei wird für einen Zusammenschluß der USPD mit den revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder und der Kommunistischen Internationale.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Ministerkonferenz über die Ernährungsfrage

Aus Berlin wird gemeldet: Die Frage der Ernährung des deutschen Volkes wird in einer am Freitag im Reichsernährungsministerium stattfindenden Konferenz gründlich beraten werden. Zu dieser Konferenz sind alle Landwirtschafts- und Ernährungsminister der Einzelstaaten eingeladen. Die Tagesordnung sieht an erster Stelle eine allgemeine Aussprache über die Ernährungsverhältnisse Deutschlands vor. Dann soll die Erhöhung der Brotaktion, das Außenbrotverbot, die Durchführung der Haverzwangsbewirtschaftung, die Kartoffelverfälschung, die Milchzuckerpreise und die Frage der Ein- und Ausfuhr besprochen werden.